

## Analyse & Debatte



**Thierry Amsallem** Claude Nobs' Partner kümmert sich um das Erbe des Montreux Jazz Festival.  
Von Philippe Reichen

### Der Stille

Diese Tage tun Thierry Amsallem gut. In seinem Chalet Le Picotin in Caux ob Montreux kommen und gehen die Gäste wie früher. Das war, als sein Lebenspartner Claude Nobs Tag für Tag Partys abhielt, für die sich Musiker auf den Bühnen des Montreux Jazz Festival mit ihrer Musik bedankten. Während Nobs jeden Spass mitmachte und das Scheinwerferlicht liebte, blieb Amsallem still und hinter den Kulissen. Und das während 30 Jahren, in denen die beiden ihre Liebe teilten.

Bis an Weihnachten 2012, als Nobs beim Langlaufen schwer stürzte und wenige Tage später an den Folgen des Unfalls starb. Thierry Amsallem erinnert sich: «Claude sprach oft vom Tod. Für die Zeit danach hatte er alles vorbereitet. Bis in letzte Details. Wir waren bereit.» Dennoch litt er lange. «Nach dem Tod von Claude ertrug ich die Stille zunächst kaum», sagt er. Dennoch zeigte er seine Trauer nicht. Selbst am Konzert zu Nobs Ehren blieb er als dessen Weggefährte unsichtbar. Dabei hätte er mit dem Publikum so viele Erinnerungen teilen können. Aber Thierry Amsallem wollte das nicht. Er sagt: «Ich bin keine Berühmtheit. Mit meiner zurückhaltenden Art habe ich zu den Musikern während Jahren ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Am meisten zufrieden bin ich, wenn sie sich wohlfühlen und auf der Bühne, ein tolles Konzert geben.»

Erst nach und nach fand der 51-Jährige zurück ins Leben. Dazu gehört, dass er Nobs' Erbe antrat: nicht als Chef des Jazzfestivals, sondern als Präsident der Claude-Nobs-Stiftung. Das ist ein Vollzeitjob. Denn der gebürtige Franzose hat den Auftrag, das Montreux-Jazz-Archiv zugänglich zu machen, es aber auch kommerziell zu nutzen im weltweiten Dienst der Marke Montreux Jazz. Er tut dies über verschiedene Kanäle: mit Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur- und Bildungsprojekten. Das Archiv ist von einem enormem Reichtum. Über 5000 Stunden Konzertaufnahmen sind seit der Festivalgründung im Jahr 1967 zusammengelassen. Darunter ein Mitschnitt von Miles Davis' allerletztem Auftritt in Montreux im Jahr 1991. Vor allem Amerikaner seien am Archiv und seiner Nutzung sehr interessiert, sagt Amsallem, weil Jazz, Blues und Rock gewissermassen zur klassischen Musik der USA gehörten. Ihm hilft dabei, dass das Archiv seit 2013 zum Weltkulturerbe der Unesco zählt.

Nächstes Jahr folgt eine weitere Station auf dem Weg der Zugänglichkeit. Die ETH Lausanne (EPFL) eröffnet auf ihrem Campus ein Montreux-Jazz-Café samt Aufführungssaal, in dem die Konzerte der letzten Jahrzehnte neu erlebbar sein werden. EPFL-Forscher haben dafür neue Wiedergabetechnologien entwickelt, die Claude Nobs vor dessen Tod präsentiert wurden, aber noch geheim gehalten werden. Thierry Amsallem sagt: «Claude hat seinen Traum verwirklicht. Jetzt ist es an mir, ihn fortzuführen.»

**Jihadist** Ein junger Österreicher reist nach Syrien, wird verwundet, kehrt zurück und muss ins Gefängnis. Damit löst der Westen aber dieses Problem nicht, im Gegenteil. Von Bernhard Odehnal

## Sie kommen zurück und machen weiter

Was macht man mit einem Jugendlichen, der sechs Monate dem Islamischen Staat diente? Der sich in diesen sechs Monaten als Schlächter an den Ungläubigen darstellte, danach reuig in seine europäische Heimat zurückkehrte? Kann diese Reue echt sein? Kann Fanatismus von selbst vergehen, oder bleibt er im Kopf hängen?

Vor diesen Fragen stand in den vergangenen Tagen ein Wiener Gericht, das über den zurückgekehrten Jihadisten Oliver N. urteilen musste. In Österreich war es das erste Verfahren gegen einen Rückkehrer aus dem Islamischen Staat, doch die Geschichte des heute 17-jährigen steht exemplarisch für viele der 4000 europäischen Kämpfer beim IS. Sie hätte in jedem beliebigen Gerichtssaal in Europa verhandelt werden können. Es ist die Geschichte eines Kindes, das von den Eltern vernachlässigt wurde und in einem Heim aufwuchs. Das nach eigenen Angaben niemals Liebe oder Zuneigung erfuhr. Migrationshintergrund hat N. nicht, Bezug zu Religionen hatte er auch nie. Umso bemerkenswerter ist, dass von seinem ersten Kontakt zum Islam in Wien bis zu seiner Ausreise über die Türkei nach Syrien im August 2014 nur wenige Monate vergingen. Er habe beim IS endlich jene Anerkennung gefunden, die er immer gesucht hatte, sagte N. vor Gericht.

Anfang Februar 2015 wurde N. bei einem Bombenangriff der syrischen Armee auf die IS-Hochburg Raqqa schwer verletzt. Nach mehreren Operationen im örtlichen Spital kam er zwar wieder zu Kräften, organisierte aber dann seine Rückreise nach Österreich. Anfang März wurde er bei der Ankunft am Flughafen Wien festgenommen. Das Gericht verurteilte Oliver N. gestern wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zu zweieinhalb Jahren Haft. Das ist nur die Hälfte der Höchststrafe für Jugendliche, aber es ist lange genug, um neue Probleme zu schaffen. Ins Gefängnis geht ein Jugendlicher, der viel Gewalt gesehen hat, aber der wahrscheinlich selbst keine Gewalt ausübte. Zumindest konnte ihm das Gericht nichts nachweisen. Wie wird er das Gefängnis als Erwachsener wieder verlassen?

### Kein Mitgefühl für andere

Die psychiatrische Gutachterin stellte N. kein gutes Zeugnis aus: Seine Reue sei oberflächlich, ihm fehle jede Empathie. Er könne nur die eigenen Schmerzen wahrnehmen, nicht aber die Schmerzen anderer nachfühlen. Deshalb brauche er auf alle Fälle eine straffe Betreuung und eine «ganz, ganz lange Therapie». Die Frage ist nur, ob diese Resozialisierung nach zweieinhalb Jahren Haft noch möglich ist. Oder ob N. dann endgültig in die Welt des radikalen Islam abgeglitten sein wird.

In der Schweiz wurde Ende 2014 ein Rückkehrer statt zu Gefängnisstrafe zu 600 Stunden gemeinnütziger Arbeit, einer psychiatrischen Behandlung und zur Erstellung einer fotografischen Friedens-



Projektionsfläche: Aus einem Propagandavideo des IS im irakischen Tikrit. Standbild: AFP Photo

dokumentation verurteilt. Das milde Urteil stiess auf heftige Kritik. Auch im österreichischen Prozess forderte die Staatsanwältin eine hohe Strafe, um Nachahmungstäter abzuschrecken. «Solche Taten werden von Demokratie liebenden Menschen in Europa nicht toleriert.» Allerdings hat die Politik der Härte, wie sie auch in Frankreich und Grossbritannien angewandt wird, noch keine überzeugenden Ergebnisse erbracht.

Erwiesen ist, dass Gefängnisstrafe zu einer zweiten Radikalisierung führen kann. Die Attentäter auf das jüdische Museum in Brüssel und auf «Charlie Hebdo» in Paris hatten zuvor Haftstrafen abgebusst und waren im Gefängnis radikalisiert worden. Von Oliver N. weiss man, dass er in Untersuchungshaft Kontakt zu Mithäftlingen mit Verbindungen zum Islamischen Staat suchte. Erwiesen ist auch, dass

jene in der Islamistszene an Prestige gewinnen, die einen Gefängnisaufenthalt hinter sich haben. Der österreichische Konvertit Mohammed Mahmoud wurde als Propagandist der al-Qaida zu vier Jahren Haft verurteilt. Danach setzte er sich nach Syrien ab. Heute ist er einer der bekanntesten Propagandisten des Islamischen Staats.

### Es fehlt an allem

Die Politik hat das Problem mit den Rückkehrern erkannt, zieht daraus aber nur halbherzige Konsequenzen. Sie hat Konferenzen einberufen, Expertenrunden gebildet, Konzepte für Sozialarbeit und Deradikalisierung erstellen lassen. Aber für deren Umsetzung fehlt das Geld. Es fehlt an Sozialarbeitern, die salafistische Propaganda an Schulen erkennen können, es fehlt an Netzwerken, die Rückkehrer auffangen und deradikalisieren können, es fehlt an betreuten Arbeitsplätzen und betreuten Wohnungen. Solange diese Programme nicht installiert werden, bleiben auch Gefängnisstrafen, Ein- und Ausreiseverbote wirkungslos. Dass labile, von einer schweren Kindheit geprägte Jugendliche wie N. für radikale Ideologien besonders anfällig sind, erkannte gestern auch die Richterin in Wien. Ihre Schlussfolgerung aber, dass diesem Prozess durch hohe Gefängnisstrafen «Einhalt geboten werden muss», ist nicht so leicht nachzuvollziehen.

Ja, die Resozialisierung radikalisierten Jugendlichen wird noch sehr viel Geld kosten. Es wäre höchste Zeit, dass die Regierungen das aussprechen und danach handeln. Es ist letztendlich Geld, das in den Schutz der Demokratie investiert wird. Und damit in den Schutz der Bürger.

### «Wer im Gefängnis war, gewinnt in der Szene an Prestige.»



**Bernhard Odehnal**  
Österreich-Korrespondent

**Atomkonflikt** Dank der Vereinbarung mit dem Iran sollte nicht mehr passieren, was während Jahrzehnten möglich war: dass Diktatoren ungestört Kernwaffen konstruieren lassen konnten. Von Oliver Thränert\*

## Autokraten und ihre Liebe zur Bombe

Mit ihrer Vereinbarung über das iranische Atomprogramm ist den USA und ihren europäischen, russischen und chinesischen Mitstreitern ein grosser Erfolg gelungen. Jetzt besteht die reelle Chance, ein autokratisches Regime auf dem Weg zur Atombombe diplomatisch zu stoppen.

Bis anhin sind solche diplomatischen Versuche entweder gescheitert; die betreffenden Staaten wurden mittels kriegerischer Mittel ausgebremsst; oder die atomaren Aspiranten wechselten ihr Regime von Autokratien hin zu demokratisch legitimierten Regierungsformen und übten sich anschliessend in nuklearer Zurückhaltung. Einzig Ghadhafis Libyen gab seine Kernwaffenpläne auf. Dieser Fall ist mit dem Iran jedoch insofern nicht vergleichbar, als Washington Ghadhafi unter grossem Druck zur Beendigung seiner Atomwaffenpläne zwang.

Als Nordkoreas Atomwaffenprogramm Anfang der Neunzigerjahre entdeckt wurde, versuchte die damalige amerikanische Regierung unter Bill Clinton, mittels wirtschaftlicher Anreize die nordkoreanische Führung umzustimmen. Doch

alle diplomatischen Bemühungen blieben letztlich ohne Erfolg: Nordkorea hat mittlerweile dreimal nuklear getestet. Es steht daher ausser Frage, dass das Land Kernwaffen besitzt. Unklar bleibt lediglich, ob es auch die Fähigkeit hat, Atombomben mit Raketen zu verschliessen.

Der Irak unter Saddam Hussein machte sich ebenfalls in den Achtzigerjahren auf den Weg zur Bombe. Als die israelische Luftwaffe 1981 den irakischen Osirak-Reaktor zerstörte, warf dies das Land zwar zunächst zurück, doch intensivierte Saddam schon bald seine Bemühungen und verlegte das Atomwaffenprogramm unter die Erde. Als der Irak 1990 seinen Nachbarn Kuwait überfiel, löste dies eine UNO-Sicherheitsrats-Resolution aus, in deren Folge Kuwait von einer US-geführten internationalen Koalition militärisch befreit wurde. Nach Kriegsende zeigte sich, dass das irakische Atomwaffenprogramm schon weiter vorangeschritten war als vermutet. Die internationalen Inspektoren konnten jedoch vor Ort die komplette Beendigung sicherstellen. 2007 bombardierte die israelische Luftwaffe erneut

einen Kernreaktor in der Nachbarschaft, diesmal in Syrien. Offenbar handelte es sich um einen Atommeiler des gleichen Typs, den Nordkorea zur Herstellung waffenfähigen Plutoniums genutzt hatte.

Ohne dass dies von der internationalen Staatengemeinschaft wahrgenommen worden war, baute Südafrika zu Zeiten des Apartheidregimes mehrere Kernwaffen. Als sich ein Ende dieses Regimes abzeichnete und die Übergabe der Macht an den African National Congress bevorstand, entschloss sich Staatspräsident De Klerk, das geheime Atomwaffenprogramm offenzulegen. In der Folge konnten Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde alle relevanten Atomanlagen prüfen und das Nuklearwaffenprogramm beenden.

Autokraten lassen sich von Diplomatie selten beeindrucken. Beim Iran könnte es nun funktionieren.

\* Oliver Thränert leitet den Thinktank am Center for Security Policy der ETH Zürich.